

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Pettizelle 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 14. November 1878.

Nr. 534.

Deutschland.

Berlin, 13. November. Der Handelsminister hat unterm 5. d. eine Verfügung zur Ausführung des § 139 der Gewerbeordnung erlassen. Dieser Paragraph gehörte zu dem Theile des Gesetzes, welcher durch das Gesetz vom 17. Juli 1878 eine neue Gestalt gewonnen hat. Der jetzige § 135 bestimmt, daß Kinder unter 12 Jahren in Fabriken überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen, daß die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten darf, daß Kinder, welche zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, in Fabriken nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn sie einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich in der Volksschule oder in einer vom Staate genehmigten Schule genießen, daß junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren höchstens 10 Stunden täglich und daß Wöchnerinnen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfen. Der jetzige § 139, 139a und 139b bestimmt eine Anzahl von Ausnahmen des § 135, auf welche sich die Verfügung des Handelsministers bezieht.

Die kommissarischen Verhandlungen über das Kommunalsteuergesetz haben innerhalb der Ministerien zu einer vollen Verhandlung geführt und die Einbringung des Entwurfes beim nächsten Landtage erscheint gesichert. Seitens des Ministers des Innern wird auch der lange in Aussicht genommene Gesetzentwurf über die sächsischen Domstifter eingebracht werden.

Das „Frankfurter Journal“ bringt Mittheilungen über die Art und Weise der mit Rom in Gange befindlichen Verhandlungen, wonach dieselben zwischen dem Botschafter von Neapel und dem Kardinal Nina geführt werden, auf Grund genau festgestellter Instruktion u. s. w. Die Notiz ist nicht, wie verschiedene Blätter bei der Wiedergabe behaupten, offiziös, denn sie ist unrichtig.

Die veränderte Geschäftsvertheilung in den preussischen Ministerien wird dem Landtag nicht bloß bei Gelegenheit des Staatshaushalts beschäftigen, sondern wird mit Rücksicht auf die dadurch herbeigeführten Änderungen der bestimmten Ministerien in einzelnen Gesetzen beigelegten Kompetenz voraussichtlich auch den Gegenstand einer besonderen Gesetzbildung bilden.

Die „Voss. Ztg.“ spricht von einem erneuten Urlaube des Fürsten Bismarck. Der Ausdruck ist nicht anwendbar. Der Fürst nimmt an den Geschäften auch während seiner Abwesenheit Theil, soweit er es für notwendig und erwünscht hält. Die Leitung der laufenden Geschäfte überläßt er auf Grund des im März d. J. ad hoc erlassenen Gesetzes den für ihn ernannten Stellvertretern auf den verschiedenen Verwaltungsgebieten, also für den Vorsch in preussischen Staatministerien dem Vizepräsidenten desselben, Grafen Stolberg. Der letztere kehrt heute aus Berninorode zurück und wird morgen einer Sitzung des Staatsministeriums präsidiren, in der es sich um Landtags-Angelegenheiten handeln wird.

Die Reichs-Beschwerde-Kommission wird zu einer Plenarsitzung erst am 25. d. Mts. zusammentreten, da die Zeit bis dahin von den Referenten zur Vorbereitung der Verhandlungen gebraucht wird.

Am 20. d. Mts. finden im Kultusministerium kommissarische Beratungen über eine Reform der Verwaltung des Medizinalwesens statt, nachdem das Verbleiben dieses Verwaltungszweiges beim Kultusministerium außer Frage steht.

Berlin, 13. November. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:

Glück hat dem Grafen Andrassy in seiner Orientpolitik sicher nicht gefehlt. Wenn es scheinen wollte, daß die wankelmüthige Göttin dem leitenden österreichischen Minister endlich den Rücken kehre, hat sie sich regelmäßig mit ihrem freundlichsten Lächeln ihm zugewandt. Schweigsam und verschlossen sah man den ungarischen Grafen beim Empfang der Delegationen in der Ofener Burg — aber um so gewichtiger und eingreifender hat Kaiser Franz Joseph gesprochen, der in allen Punkten, die man seinem Minister zum Vorschlag gemacht hat, gleichsam persönlich vor ihm tritt. Es entkühlt einen eigenen Zug in dem österreichisch-ungarischen Staatswesen, daß in dem Augenblick, wo der Widerstreit aller Elemente den höchsten Grad erreicht zu haben schien, vor dem persönlichen Eintreten des Monarchen sich die Windbraut wie mit einem Male gelegt hat.

Die Redestürme des kroatischen, des Wiener und Bester Parlamentes sind erledigt, Bosanien ist und bleibt in österreichischer Verwaltung, die Delegationen werden zweifellos die Mittel bewilligen. Die Presse registriert mehr oder weniger grollend die vollzogene Thatfache und erörtert die Auszeichnungen, welche dem Grafen Andrassy bevorstehen.

Mit einer so besetzten Stellung wird es dem Grafen Andrassy um so leichter fallen, die Verhandlungen zu führen, mit denen von russischer Seite Graf Schuwaloff betraut ist, dessen Ankunft in Pest heute gemeldet wird. Der Zweck dieser Verhandlungen kann offenbar kein anderer sein, als die Beilegung der Hindernisse, welche der Ausführung des Berliner Friedens noch im Wege stehen. Die offiziellen Rundgebungen, durch welche Rußland seinen Willen getreuer Vertragserfüllung den europäischen Mächten versichert, erfolgen jedoch nicht nur in Pest. Wie Telegramme aus Paris und London melden, haben die betreffenden Regierungen in dieser Richtung sehr bündige Zusagen erhalten; zweifellos sind dieselben Rundgebungen auch in Rom und vor Allem in Berlin erfolgt, von wo der diplomatische Anstoß zu einer weiteren Verhandlung der Mächte nach glaubwürdigen Mittheilungen überhaupt ausgegangen ist. Damit hat nun die Friedensmission Deutschlands einen neuen Erfolg zu verzeichnen.

Unserm Erdtheil haben sich so die Aussichten friedlicher Entwicklung nach Außen hin wesentlich gemehrt. Wir warten ab, welche Folgen diese Gestaltung der Dinge nach Innen haben wird. Unsere einheimischen Parteien sind gerade in diesem Augenblick in eigenthümlicher Schiebung. Wie auf die sozialdemokratische Partei die Geltung des Sozialistengesetzes wirken wird, ist das Problem des Augenblicks; die Ultramontanen stehen trotz aller großen Worte, die von ihren Organen ausgehen, vor der Eventualität eines gründlichen Umschlages ihrer gesammten Stellung, deren Schlüssel nicht sie halten. Daneben hat der von der Fortschrittspartei zusammenberufene Parteitag zum Auftreten von Strömungen geführt, die bis jetzt mehr zurückgetreten waren. Es hat sich bereits bei Gelegenheit des Sozialistengesetzes die eigenthümliche Erscheinung herausgestellt, daß die Masse der Fortschrittspartei im Ganzen und Großen weit mehr links steht als ihre Führer. Der von einzelnen Seiten, z. B. von Leipzig, Oldenburg und wenn wir die „Volksszeitung“ recht verstehen, auch von ihr betonte Vorschlag, den Namen „Fortschrittspartei“ ganz fallen zu lassen, den Namen „demokratische Partei“ anzunehmen, würde auch den äußeren Bruch mit den Traditionen einer liberalen Partei bedeuten. — Sammelt sich in der Sozialdemokratie die Partei des Hasses, so bildet die Fraktion der Gehässigkeiten einen unverkennbaren Bruchtheil innerhalb der Fortschrittspartei. Daß übrigens auch sonst ein innerer Zwiespalt durch jene Partei geht, ist seit Langem offenbar und es könnte wohl eine Folge des Sozialistengesetzes sein, daß der „linke Flügel“, der noch außerhalb des Parlamentes steht, einen mehr maßgebenden Einfluß gewänne.

Unternehmen die bürgerlich radikalen Elemente in Deutschland so einen neuen Feldzug, so kann die Kraftprobe, die sie machen, nur mit Interesse von uns verfolgt werden. Wenn wir sie auch bekämpfen, so verstehen wir sie doch und müssen in gewissen Grenzen ihre Berechtigung zugeben. Was die Parteien betrifft, welche auf dem Boden der gegebenen Zustände ihre Politik führen, so würde eine Klärung der Dinge nach links ihnen keineswegs bedenklich erscheinen können. Die nationalliberale Partei namentlich kann vor der Furcht, ihr Gleichgewicht zu verlieren, vollständig sicher sein; sie bedarf glücklicher Weise keines neuen Programmes, denn sie hat ihre Ziele in zahlreichen Thaten verkörpert, helfen und diese ihre Geschichte erscheint ihr als ein dauerhafteres Fundament, wie alle papiernen Grundlagen und Programme. Möge nur mit dem sich anscheinend täglich mehr besitzenden Frieden auch das Vertrauen zu demselben sich besitzigen, so werden unsere inneren Verhältnisse für den Aufschwung unserer Wirtschaft kein Hinderniß bieten — dieser wirtschaftliche Aufschwung würde zu gleicher Zeit für uns das größte politische Heil.

— Innerhalb eines Zeitraumes von noch nicht ganz drei Tagen ist der Entwurf betr. das Fauspfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen von der deshalb einberufenen Kommission durchberathen worden. Dieses günstige Re-

sultat ist dem Umstande zuzuschreiben, daß dem Entwurfe und dessen Motiven sowohl betreffs der praktischen Berücksichtigung der verschiedenartigen Pfandbrief-Institute als hinsichtlich der juristischen Konfuktion und der Einordnung in die schon erlassenen Reichsgesetze, sowie der eingehenden Begründung der einzelnen Bestimmungen allseitig Anerkennung zu Theil wurde. Auf Grund dessen blieb das System des Entwurfes gegen alle Einwendungen bewahrt und wurde unverändert beibehalten, obgleich eine eingehende Diskussion unter lebhafter Theilnahme aller Mitglieder der Kommission stattfand.

Als wesentlichste Eigenschaft wurde vom Vorschlagenden hervorgehoben, daß sie sich streng auf dem Gebiete der juristischen Aufgabe halte und die wirtschaftliche Seite der Frage unberührt lasse. In diesem begnügt sich der Entwurf nicht mit der bloß formellen Wahrung der Rechte der Pfandbriefgläubiger, sondern weist denselben auch materiell Rechnung zu tragen. Zunächst wird den Hypotheken-Banken ausgedehnt, das Vorhandensein von Hypotheken zu konstatiren. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, in eine Untersuchung des Werthes der letzteren einzugehen. Ferner dürfen nicht mehr Pfandbriefe ausgegeben werden, als solche durch Pfanddarlehen gedeckt sind. Trotz dieser Wahrung der eigentlichen Aufgabe des Gesetzes: der rechtlichen Sicherung der Pfandbrief-Inhaber, ist der Entwurf auch von Wohlwollen gegen die Hypotheken-Banken getragen.

Die von Seiten der Kommission eingegangenen Anträge beschränken sich infolge des einstimmigen Einverständnisses mit dem ganzen Plane der Vorlage im Wesentlichen auf die Präzision einzelner Bestimmungen. Das Aufsichtrecht des Staates über die einschlägigen Institute bleibt vorbehalten und bezüglich Preußens kommt eventuell die Befugnis zur Geltung, daß Inhaberpapiere nicht ohne staatliche Genehmigung zur Ausgabe gelangen dürfen. Alle übrigen den Pfandbriefgläubigern zu gewährenden Garantien bleiben den Banken überlassen. Keine Ba t ist jedoch gezwungen, sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterwerfen, es steht ihnen vielmehr frei, ohne Rücksicht auf dasselbe in dem früheren Verhältnisse zu verbleiben. In ihrem eigenen Interesse wird es aber wohl keine solche versuchen, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes zeigt sich noch die wirtschaftliche Seite der Frage und es wäre eine besondere Aufgabe, dieselbe etwa durch eine Reform der Hypotheken-Banken zu lösen. Nachdem aber eine solche Reform bereits im Jahre 1868 in Angriff genommen, durchberathen und für ausführbar erklärt wurde, dürfte sie gegenwärtig auch nicht zugänglich sein.

Als Referent fungierte in der Kommission Geh. Regierungsrath Hagens, der Autor des Entwurfes, Die Herren Staatssekretär Dr. Friedberg und Staatsminister Dr. Friedenthal nahmen an allen Sitzungen thätigen Antheil.

— Zur Frage der Verbindung zwischen Deutschland und Dänemark schreibt man der „Nat.-Ztg.“ aus Rostock:

Der in verschiedenen deutschen und dänischen Zeitungen mitgetheilten Nachricht gegenüber, als ob die Verhandlungen über eine Verbindung mit Kopenhagen über Rostock Nykjöbing daran gescheitert seien, daß von deutscher Seite keine Neigung vorhanden gewesen sei, für den Bau einer Eisenbahn zwischen Rostock und Warnemünde Opfer zu bringen, kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß von einem Scheitern der Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark über einen Postvertrag auf der kürzesten Verbindungslinie Rostock Nykjöbing überhaupt nicht die Rede sein kann und daß speziell die zu erbauende Bahn Rostock-Warnemünde derjenige Punkt der ganzen Angelegenheit ist, welcher die geringsten, richtiger gesagt, gar keine Schwierigkeiten macht. Sobald nur erst der Abschluß eines Postvertrages über die in Rede stehende Linie erreicht sein wird, werden für die Erbauung der Eisenbahn zwischen Rostock und Warnemünde, sowie für die an letzterem Orte nöthigen Hafenanlagen von beiderseitiger Seite die größten und erfolgreichsten Anstrengungen gemacht werden, um dieselben in unmittelbarem Anschluß an den Vertrag zur Ausführung zu bringen.

— Mit Bezug auf die bevorstehende Landtagsession schreibt die „Prov.-Korr.“:

Die neue Session, welche am 19. November

beginnt, wird von vorn herein durch die unerlässliche Rücksicht auf die für Februar in Aussicht zu nehmende Reichstagsession beengt sein, um so mehr, als der Reichstag sich mit der Lösung bedeutender wirtschaftlicher und gewerblicher Fragen zu beschäftigen haben wird, deren Dringlichkeit durch die neuesten Entwicklungen auf dem sozialen Gebiete noch erhöht worden ist.

Die Landtagsession wird daher notwendiger Weise auf die Erledigung der unabwieslichen Arbeiten zu beschränken sein.

Unter diesen steht in erster Linie die Feststellung des Staatshaushalts etats, welche diesmal insofern eingehende Erörterungen veranlassen wird, als zum ersten Male seit zehn Jahren die regelmäßigen Einnahmen nicht hinreichen, um den Bedarf an notwendigen Ausgaben zu decken.

In der zuversichtlichen Erwartung, daß es bald gelingen werde, die Mittel zu dauernder Abhilfe dieses Mißverhältnisses auf dem Boden der Reichsgesetzgebung zu sichern, hat die Regierung zur Regelung des nächsten Etats allerdings den Weg einmaliger außerordentlicher Deckung in Aussicht genommen. Immerhin aber wird die Erörterung des Budgets einen bedeutenden Theil der für die Session bestimmten Zeit in Anspruch nehmen.

Bornehmlich im Zusammenhange mit dem Staatshaushalt wird auch die bereits am Schluß der vorigen Session angeregte Frage einer veränderten Eintheilung einzelner Ministerien von Neuem zur Erörterung gelangen.

Nächst dem Etat steht an Dringlichkeit allen anderen Arbeiten voran eine Reihe von Gesetzen, welche zur Ausführung der im nächsten Jahre in Kraft tretenden deutschen Gerichtsverfassung unbedingt notwendig sind. Der Schwerpunkt der Berathung wird bei denselben wohl zumeist in der Kommission liegen, doch werden sie vermöge ihrer großen Anzahl auch für die Arbeiten im Hause selbst ins Gewicht fallen.

Wenn die Regierung bei diesem Stande der Dinge sich von vorn herein bescheiden muß, dem Landtage nicht weitere Vorlagen zu unterbreiten, deren Erledigung umfassendere Beratungen erfordern würde, — so werden, abgesehen von einigen Entwürfen von dringender praktischer Bedeutung für die Landeskultur, Ausnahmen in jener Beziehung nur zu Gunsten gewisser Vorlagen gemacht werden, in Bezug auf welche die Vereinbarung durch frühere Beratungen wesentlich vorbereitet erscheint, darunter namentlich das wichtige und dringende Kommunalsteuergesetz.

Auch bei der angeordneten Beschränkung wird die vollständige Lösung der in Aussicht stehenden Aufgaben innerhalb der gegebenen Zeit nur bei einem ersten und vertrauensvollen Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte gelingen können.

— Die „Prov.-Korr.“ kommt heute in längerer Ausführung auf die Centrumsfraktion zurück und hält sich fortwährend zu der Hoffnung berechtigt, „daß auch die katholische Bevölkerung, soweit es ihr eben ernstlich um die Wahrung des kirchlichen Friedens zu thun ist, sich den vertrauensvollen Stimmungen und Bestrebungen des Papstes mit freudiger Zuversicht anschließen werde.“

— Das Ergebnis der Enquete des deutschen Handelstages über den Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb ist, wie wir kürzlich mitgeteilt haben, einschließend des gesammelten Materials veröffentlicht worden. Hervorzuheben ist daraus zunächst, daß die mit der Enquete betraute Kommission die Nothwendigkeit der Beibehaltung einer Beschäftigung der Strafgefangenen mit gewerblichen Arbeiten übereinstimmend anerkannt hat. Einmal ist für ihre sittliche Erziehung, Gesundheit und disziplinarische Behandlung eine regelmäßige Beschäftigung unentbehrlich, und dann kann auch der Staat im finanziellen Interesse auf eine Verwerthung der Arbeitskräfte nicht verzichten, sollen die ohnedies immer höher anschwellenden Unterhaltungskosten der Gefängnisse nicht noch weiter gesteigert werden.

Auf Grund ihrer Ermittlungen und Erwägungen hat die Kommission folgende Gesichtspunkte für wesentlich erachtet:

1) Bei Beschäftigung von Gefangenen ist neben dem in erster Linie stehenden Zwecke des Strafvollzugs weder dem Erwerbs- noch dem fiskalischen Standpunkte ein überwiegender Einfluß zuzuerkennen. — Schon dadurch werden verschiedene Beschäftigungsarten, wie z. B. Cigarrenfabrikation, Goldleisten-

fabrikation, wegen der dabei naheliegenden Lockerung der Disziplin sich mehr oder weniger von selbst verbieten;

2) es empfiehlt sich ferner eine möglichst zielgerichtete Tätigkeit der Betriebszweige in jeder einzelnen Anstalt;

3) es erscheint zweckmäßig, die Herstellung von Bedarfsartikeln für öffentliche Zwecke den Gefangenenanstalten zuzuwenden. Dabin zählen beispielsweise Lieferungen für Verkehrsanstalten, Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Militär etc.;

4) ferner ist anzustreben die Schaffung von selbstständigen Strafanstaltskollegien, in welchen neben dem Juristen, dem Verwaltungs- und Finanzbeamten, dem Arzte und dem Geistlichen auch den Vertretern von Handel und Gewerbe Sitz und Stimme, etwa nach dem Vorbilde Württembergs, eingeräumt wird; endlich ist:

5) die Herausgabe periodischer eingehender Veröffentlichungen über Art und Umfang der Beschäftigung von Gefangenen unter Anbahnung einheitlicher Grundlagen über die Prinzipien dieser Veröffentlichungen in den verschiedenen Bundesstaaten geboten.

Das Interesse des Handelstages an der Regelung der Gefängnisarbeit läuft im Wesentlichen darauf hinaus, die seit Jahren vielfach erhobenen Beschwerden aus industriellen Kreisen über die ungesunde Konkurrenz, welche der freien Arbeit durch die Ueberlassung der Gefangenen-Arbeit an einzelne Unternehmer bereitet wird, abzuheben. Daß derartige Beschwerden an sich berechtigt sind, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Ob aber die Uebelstände so erheblich und so verbreitet sind, als es nach den vielfachen Klagen den Anschein hat, das bleibt auch nach der Enquete des Handelstages noch eine offene Frage. Man darf nicht vergessen, daß überhaupt nur ein mäßiger Theil der Strafgefangenen für industrielle Arbeiten verwendbar ist. Wenn nun auch die Vergütung, welche der Unternehmer für diese Arbeitskräfte zahlt, erheblich geringer ist, als der niedrigste Lohn für freie Arbeiter, so fällt dagegen ins Gewicht, daß die Leistungen jener durchschnittlich sehr weit hinter denen freier Arbeiter zurückstehen. Daß eine Ausgleichung dieser beiden Momente überall statthabe, wollen wir nicht behaupten; es giebt Fabrikationszweige, in denen durch Verwendung der Arbeitskräfte von Strafgefangenen Fabrikate zu einem so niedrigen Preise hergestellt werden, daß die Konkurrenz der Erzeugnisse freier Arbeit geradezu ausgeschlossen ist. Wenn man bei der Forderung einer Beschränkung der Gefängnisarbeit bei solchen Fällen stehen bleibt, so wird sich die Abhilfe, ohne Gefahr nach anderer Seite zu schädigen, erreichen lassen. Anders wenn die geforderten Beschränkungen allgemein durchgeführt werden sollen. Dann wird den Verwaltungen der Strafanstalten die Möglichkeit genommen, die arbeitsfähigen Strafgefangenen eine Beschäftigung erlernen und ausüben zu lassen, durch deren Fortsetzung sie nach wiedererlangter Freiheit aus eigenen Kräften ihren Unterhalt zu erwerben im Stande sind. Ein großer Bruchtheil der entlassenen Strafgefangenen wird lediglich deshalb rückfällig, weil diese Möglichkeit für sie nicht besteht. Deshalb ist dem Interesse, welches der Handelstag vertritt, als ein gleichwerthiges dasjenige gegenüberzustellen, welches die ganze Gesellschaft an der Zurücksührung des Verbrechers in den Kreis der ehrlichen Arbeiter hat. Es wird darauf ankommen, beide Interessen, so weit möglich, auszugleichen.

Ausland.

Wien, 12. November. Graf Schuwaloff ist noch im Laufe des gestrigen Abends in Begleitung des Botschaftssekretärs Lotischeff nach Pest abgereist, und hatte schon heute Vormittag laut guten Meldungen aus der ungarischen Hauptstadt mit dem Grafen Andrássy eine längere Unterredung. Der Vertrauensmann des Czaren soll in Livadia den Auftrag erhalten haben, dem österreichischen Hofe und der österreichischen Regierung die beruhigendsten Erklärungen über die Absichten Russlands zu geben. Das „Fremdenblatt“ hört, die Eröffnungen, welche Graf Schuwaloff machen werde, seien der besten Aufnahme fähig. Die Antwort auf dieselben dürfte im Einklange mit der kaiserlichen Rede an die Delegationen stehen, welche bekanntlich als das Programm des Monarchen das unbedingte Festhalten an dem Berliner Vertrage proklamirte. Eine andere, gewöhnlich auch gut unterrichtete Quelle berichtet aus Pest:

„Die bevorstehende Ankunft des Grafen Schuwaloff ist die Folge der neuen Dispositionen, welche in Livadia getroffen wurden. Die österreichisch-ungarische Regierung erwartet von dem russischen Diplomaten die beruhigendsten Zusicherungen bezüglich des Berliner Vertrages und erklärt, daß sie niemals an den Absichten des Czars in dieser Beziehung gezweifelt habe. Die österreichisch-ungarische Regierung ist nämlich der Ueberzeugung, daß man sich täuschte, wenn man angenommen habe, daß Russland in Macedonien die Hand im Spiele habe, da ja Russland unmöglich die Vortheile, welche es durch den Berliner Frieden errungen habe, auf solche Art in Frage stellen konnte. Man versichert ferner, daß das englische Kabinett dieselben Zusicherungen von Livadia erhalten habe. Alle diese Nachrichten zusammen genommen hätten auch den Kaiser Franz Joseph veranlaßt, sich am Sonntag in seiner Ansprache an die Delegationen so entschieden für die Ausführung des Berliner Friedensvertrages auszusprechen.“

Graf Schuwaloff wurde auch bereits, nebenbei bemerkt, zur kaiserlichen Hofstafel geladen.

Paris, 12. November. Weitere Nachrichten über die Revolte in der Militärschule von La Flèche lassen erkennen, daß jene ernst gewesen ist. So

wird gemeldet, daß elf Zöglinge sich im Hospital befinden, während sechzehn ausgestoßen waren und zwanzig verhaftet sind.

Sämmtliche fremden Offiziere, welche in letzten Märschen beigemohnt haben, erhielten Orden der Ehrenlegion. Von deutschen Offizieren erhielt General von Loe das Großoffizierskreuz, die Oberstleutenants und Flügel-Adjutanten von Bischoff und von Winterfeld das Offizierskreuz, die Hauptleute von Gengow, von der Goltz und der Kommandant Erbprinz von Hohenlohe das Ritterkreuz.

Der Großherzog von Weimar ist heute Abend aus Schloß Eyr zurückgekehrt.

Bei der am 15. d. im französischen Senat bevorstehenden Wahl von 3 unabsehbaren Mitgliedern werden die konstitutionellen Senatoren allem Anscheine nach mit den Parteigruppen der rechten stimmen, obgleich die von den republikanischen Fraktionen aufgestellten Kandidaten, wie der „Moniteur“ zugeführt, „nicht als Gegner der konservativen Partei oder der konservativen Prinzipien angesehen werden können.“ Der „Moniteur“ hat hervor, daß die Auffstellung so gemäßigter Kandidaten von Seiten der Linken als ein Entgegenkommen gegenüber der konstitutionellen Gruppe aufgefaßt werden könnte, wenn nicht zwischen dem Verhalten der Republikaner im Senate und in den Departements ein wesentlicher Unterschied bestände. In den letzteren würden nämlich die konstitutionellen Kandidaten im Hinblick auf die am 5. Januar 879 bevorstehenden Erneuerungswahlen auf's Entschiedenste bekämpft. „Unter diesen Bedingungen“ schließt die anscheinend von der konstitutionellen Partei ausgehende Note, „steht zu befürchten, daß dieselbe Bewegung, dieselben Feindseligkeiten, welche in den Departements stattfinden, sich im Senate wiederholen, und daß in Folge dessen dieselben Bündnisse den Konstitutionellen auferlegt werden. Dies wird uns durch die Abstimmung des 15. November offenbar werden. Wenn aber die Konstitutionellen diesmal noch mit der Rechten stimmen, so würde das Verschulden dem Verhalten der Rechten zur Last fallen.“

Provinzielles.

Stettin, 14. November. Eine Provinzialstadt hatte „die Beamten zu den Armen- und Einquartierungsleistungen mit ihrem ganzen Dienstkommen veranlagt. Dieselben führten hiergegen Beschwerde, indem sie behaupteten, daß die betreffenden Lasten kommunaler Natur seien und sie deshalb hierzu nur mit der Hälfte ihres Dienst Einkommens veranlagt werden könnten. Die betreffende königliche Regierung hat nun eine Verfügung dahin erlassen, daß die Beschwerde in Betreff der Heranziehung zu den „Armenlasten“ für begründet erachtet sei. Ueber die „Einquartierungsleistungen“ ist noch keine Entscheidung getroffen.

Zum Besten der nothleidenden Abgebrannten auf der Oberwies wird im Laufe der nächsten Woche in dem von Herrn Devantier freundlichst zur Verfügung gestellten Bellevue-Theater eine zweite „Dilettanten-Vorstellung“ stattfinden. Zur Aufführung gelangen „Ludwig Devrient“ oder die Nacht des Grutes, Charakterbild in einem Akt, und die Operette „Flotte Burche“.

Zum Besten der nothleidenden Abgebrannten auf der Oberwies veranstalteten gestern der „Stettiner Gesang-Verein“ und der „Beamten-Druckereiverein“ unter Mitwirkung des Herrn Direktors Kabisch und der Sängerin Fräulein H. Boldt im Bellevue-Theater ein großes Instrumental- und Vokal-Konzert, welches sich eines vollständigen Erfolges zu erfreuen hatte. Das Programm war ein äußerst reichhaltiges und sorgfältig gewähltes. Zur Aufführung kam zunächst durch den „Beamten-Druckereiverein“, unter der tüchtigen Leitung seines Dirigenten, Herrn Höhne, „Meeresstille und glückliche Fahrt“ von Mendelssohn, welches in jeder Weise korrekt gespielt wurde. Dieser Verein brachte außer der Ouverture zu „Johann von Paris“ von Boildieu und dem „Großen Triumph-Marsch“ von Schulz-Schwerin, auch Haydn's „G-Dur Symphonie“ zum Vortrag, welche, ganz vorzüglich ausgeführt, auch diesmal ihres vollen Eindruckes auf die Zuhörerschaft nicht verfehlten. Der „Stettiner Gesang-Verein“ (Dirigent Herr Hart) bewährte wiederum seinen alten Ruf und befriedigte allgemein, besonders hervorzuheben ist die letzte Nummer „Ostian“, Chor von J. Beschnitt, welche von dem Komponisten selbst geleitet, reichen Beifall erntete und stürmisch da capo verlangt wurde. Herr Direktor Kabisch unterstützte durch den gefühlvollen Vortrag mehrere Lieder von Lassen, Rubinstein, Franz und Schumann, während Fräulein Boldt eine russische Arie und zwei Lieder von Hartmann mit tiefer Innigkeit sang und reichen Beifall fand. Mit Rücksicht auf den guten Zweck wäre ein zahlreicherer Besuch erwünscht gewesen.

In der Vergrößerung des Rauminhaltes eines zur Bemaisung deklarierten Böttchens durch einen die übergreifende Maßche zurückhaltenden Aufsatz ist, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 17. Oktober d. J., eine nach der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 10. Januar 1824 strafbare Einmischung zu finden.

Die Frage der Reorganisation des Lehrunterrichts auf den höheren Unterrichtsanstalten steht bekanntlich seit langer Zeit auf der Tagesordnung. Jetzt verlautet, daß die Unterrichtsverwaltung folgende Dreitheilung der höheren Unterrichtsanstalten ins Leben treten lassen will: 1) Humanistische Gymnasien, gleichgestellt den heutigen Gymnasien, mit etwas größerer Berücksichtigung der Mathematik und Naturwissenschaften und mit der Berechtigung zu jedem Studium auf allen Hochschulen; 2) Real-Gymnasien, gleich den jetzigen Realschulen 1. Ordnung mit Verstärkung des lateinischen Unterrichts in

den oberen Klassen und mit der Berechtigung zum Studium der neueren Sprachen und Zulassung des Studiums in allen technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen; 3) Höhere Gewerbeschulen oder Realschulen 1. Ordnung ohne lateinischen Unterricht, mit der Studienberechtigung der Realschulen, ausgenommen das Studium neuerer Sprachen.

Der hiesige Magistrats-Hülfen-Kalkulator Straßburg, welcher seit ca. 14 Tagen wegen verübter Unterschlagungen flüchtig war, ist durch die Kriminal-Polizei gestern in einem hiesigen Hotel verhaftet und zur Custodie eingeliefert. Gelder von Belang wurden bei Straßburg nicht vorgefunden.

Der zum Bürgermeister von Gollnow gewählte Bürgermeister Kiesel er zu Damm ist von der Königl. Regierung bestätigt worden.

Gestohlen wurden am 11. d. Mts. der Frau des Kaufmanns Möke in der Schulzenstr. aus ihrer Balcottische ein Portemonnaie mit Inhalt, in der Nacht vom 11.—12. d. M. dem Restaurateur Wolff, Bismarckstr. 5, ein Hahn, vier Hühner und eine Gans im Gesamtwerthe von 25 Mark.

Seit Montag, den 10. d. M., wird der Malergehülfe Joseph Melcher, zuletzt Scharnhorststr. Nr. 2 wohnhaft, vermisst; da derselbe ein ordentlicher Mensch ist, wird angenommen, daß ihm ein Unglück passiert ist.

Uedermünde, 12. November. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde beschlossen, zum Bau einer normalspurigen Seindürrbahn von hier nach Jagnd-Bahnhof seitens der Stadt 50,000 Mark zum Aktienkapital beizutragen, den in der Stadtfeldmark erforderlichen Grund und Boden, soweit er Kammer-Eigentum ist, unentgeltlich herzugeben und zum Erwerbe des den Privaten z. gebhörigen Terrains der Feldmark die Bauverwaltung schadlos zu stellen. In Rücksicht auf den letzteren Punkt, welcher der Stadt ein Opfer von 8. bis 10,000 Mark auferlegen dürfte, ist von der Herabgabe eines Baarbetrages à fond perdu abgesehen, gleichzeitig auch die Bedingung ausgesprochen, daß die anderen beim Bahnbau interessirten Gemeinden, sowie der Forstbesitz und die Eggenkirch den Grund und Boden ebenfalls frei hergeben.

Greifswald, 13. November. In Anerkennung der Verdienste, welche Professor Dr. Müller durch seine gemeinnützigen Bestrebungen um die Förderung der Biennenzucht und namentlich durch seine Bemühungen für das Zustandekommen und glänzende Gelingen der XXIII. Wanderversammlung deutscher und österreichischer Biennenzüchter erworben hat, ist demselben von dem Herrn Minister des Kultus und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten die große goldene Medaille für landwirthschaftliche Leistungen verliehen und durch den Regierungs-Präsidenten Herrn Grafen Beyr-Regendank mittelst Handschreibens überreicht worden. — Auf dem heute abgehaltenen Termin zum Verkauf der Greifswalder Dampfmühlmühle ist kein Gebot abgegeben.

Bernisches.

Ein tragischer Vorfall trug sich Sonntag Nachmittags im Wiener allgemeinen Krankenhaus zu. In der chirurgischen Abtheilung des Professors Billroth lag Karl Rucka, der elfjährige Sohn der Diurnisten-Gattin Anna Rucka, an Beinfraktur. Die Ärzte hatten dem Knaben jede Hoffnung abgesprochen und nur in einer Amputation das einzige Mittel erblickt, um das Leben zu erhalten. Der Knabe sträubte sich gegen die Amputation und erklärte, lieber sterben zu wollen. Dasselbe sagte er seiner Mutter, die ihn gestern besuchte. Die Mutter, die sich, da ihr Mann seit acht Tagen verstorben ist, in den despotischen Verhältnissen befindet, tröstete das Kind. Sie meinte heftig und nach einer Pause — als die Wärterin das Zimmer verlassen hatte, zog sie eine Flasche hervor und forderte ihr Kind auf, die in derselben enthaltene Flüssigkeit zu trinken. Das Kind trank und war in wenigen Sekunden, unter Symptomen fürchterlicher Schmerzen — todt. Die Flasche hatte Laugenessenz enthalten. Als die Mutter nunmehr ihr Kind entsetzt sah, nahm sie ihm die Flasche aus der ersparten Hand und trank gleichfalls. In dem Augenblicke, als auch sie das Gift nahm, kam die Wärterin zurück. Jetzt ließ die unglückliche Frau die Flasche fallen und sank zusammen. Sie wurde schwer verletzt in ein Zimmer des allgemeinen Krankenhauses gebracht. Ueber das Motiv dieses Mordes und Selbstmordversuches gab sie an, daß sie den Zustand ihres Kindes nicht länger mit ansehen konnte, und daß sie, da auch ihr Mann sie verlassen, vereint mit dem Kinde aus dem Leben scheiden wollte.

Literarisches.

Gewerbehalle. Bei Engelhorn in Stuttgart erscheint die Gewerbehalle, Organ für den Fortschritt in allen Zweigen der Kunstindustrie von Schill. Schon oft haben wir auf dies ausgezeichnete Werk aufmerksam gemacht, welches in Folio die trefflichsten Vorbilder für alle Zweige der Kunstindustrie bringt und wahrhaft künstlerisch ausgestattet ist. Auch die neuesten und vorliegenden Hefte sind wieder von großem künstlerischem Werthe und werden gewiß zu künstlerischen Produktionen vielfach anregen.

Newyork, 12. November. Eine von den Vertretern von etwa 50 Banken abgehaltene Versammlung hat mehrere Resolutionen zu Gunsten der Beschleunigung der Wiederaufnahme der Baarzahlungen angenommen und verschiedene die Erreichung dieses Zieles bezweckende Maßnahmen beschlossen.

Dem Bernischen nach soll auf die vom Staatssekretär des Aeußern, Ewart, in der Fischereiangelegenheit an die englische Regierung gerichtete Depesche ge-

stern eine Antwort Lord Salisbury's hier eingegangen sein.

Telegraphische Depeschen.

Magdeburg, 13. November. Die „Magdeburger Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Kontradmiraals a. D. Werner aus Wiesbaden, laut welcher er nur für Brodhaus' Konversationslexikon den die Marine betreffenden Artikel verfaßt hat und außerdem in seiner amtlichen Stellung der „Kieler Zeitung“ offizielle Marinenaachrichten hat zugehen lassen.

Wiesbaden, 13. November. Der Kaiser nahm gestern mit der Familie des Landgrafen von Hessen das Diner ein und besuchte Abends das Hoftheater, wo der Geigenvirtuose Dengremont auftrat. Heute Mittag 12 1/2 Uhr begab sich der Kaiser in offenem Wagen nach dem Bahnhof, um die Kaiserin abzuholen, die zu einem Besuche von Koblenz herübergekommen war. In den letzten Tagen war der Kaiser durch das regnerische Wetter an größeren Spazierfahrten verhindert, heute ist der erste sonnenhelle Tag.

Wiesbaden, 13. November. Die Kaiserin und der König von Württemberg machten heute Nachmittag eine Spazierfahrt und statten der landgräflich hessischen Familie einen Besuch ab. Nach dem Diner begab sich Ihre Majestät nach Koblenz zurück. Der König von Württemberg reiste um 1/8 Uhr nach Stuttgart ab.

Wien, 13. November. Die „Pol. Corresp.“ veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel von heute: Von Seiten der Pforte wird ein neues Rundschreiben vorbereitet, in welchem auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden soll, welche die russischen Behörden der Heimkehr der muhamedanischen Flüchtlinge angeblich in den Weg legen. Um diesem Verfahren der Russen zu begegnen, das, nach der Ansicht der Pforte, auf Verdrängung des muhamedanischen Elementes aus Rumelien abzielt, wird die Pforte in Uebereinstimmung mit einem hierauf bezüglichen Beschlusse der internationalen Kommission zu Philippopel den Zusammentritt der europäischen Mächte in Konstantinopel zu einer Konferenz ad hoc beantragen.

Aus Petersburg von heute: In mit dem kaiserlichen Hoflager in steter Fühlung befindlichen Kreisen glaubt man, daß Graf Schuwaloff bei seiner Wiener Reise die Instruktion habe, gelegentlich in einen Meinungsaustrausch mit den maßgebenden Faktoren der österreichisch-ungarischen Politik zu treten. Sollte sich eine solche Gelegenheit bieten, so sei Graf Schuwaloff ermächtigt, die ersten Absichten Russlands, den Berliner Vertrag in allen Theilen durchzuführen, zu betonen, unter dem Hinweis auf diejenigen Momente der gegenwärtigen Situation auf der Balkanhalbinsel, welche die aufrichtigen Absichten Russlands lähmend beeinflussen. In dieser Beziehung würde hervorzuheben sein, daß Russland seinen auf die endgültige Durchführung des Berliner Vertrages gerichteten Absichten nicht einen kräftigeren Impuls geben könne, so lange die Pforte den Bestimmungen des Berliner Vertrages bezüglich Montenegro und Griechenland nicht gerecht werde und man in Konstantinopel ausweiche, diejenigen Punkte zu regeln, welche für eine unmittelbare Vereinbarung mit Russland in dem Berliner Vertrage offen gelassen worden seien.

Die in Petersburg verbreitete Version, wonach Graf Schuwaloff der Ueberbringer eines Handschreibens des Kaisers Alexander an den Kaiser Franz Josef sein solle, bedarf der Bestätigung.

Pest, 13. November. Graf Andrássy stattete heute dem Grafen Schuwaloff einen Besuch ab. Heute Nachmittag um 2 Uhr war Graf Schuwaloff zu einer Privataudienz bei dem Kaiser beschieden.

Paris, 13. November. Die konservativen Journale veröffentlichten das Manifest der Parteien der Rechten an die für die Senatswahlen gewählten Deputirten. Das Manifest weist auf die revolutionären Tendenzen der radikalen Partei hin und ermahnt angesichts derselben die konservativen Parteien zur Einigkeit.

Paris, 13. November. Wie die „Agence Havas“ erfährt, hat der russische Botschafter Fürst Deloff in Folge der von der französischen Regierung zu Gunsten Griechenlands unternommenen Schritte dem Minister Waddington gegenüber die Erklärung abgegeben, daß die strikte Ausführung des Berliner Vertrages die Basis der gegenwärtigen Politik Russlands bilde. Die französische Regierung könne bei ihren Schritten im Interesse Griechenlands auf die Mitwirkung Russlands rechnen. Der russische Botschafter in Konstantinopel Fürst Kobanoff habe bereits Instruktionen in diesem Sinne erhalten.

London, 13. November. Der von der Pforte an Stelle des Layard'schen Reformprojektes ausgearbeitete Entwurf für die in Kleinasien einzuführenden Reformen wird wegen der damit verbundenen Kosten vorläufig erst für einzelne Provinzen in Geltung treten. Erst später wenn sich der Versuch bewährt haben wird und auch der türkische Staatsschatz über reichlichere Mittel verfügt, sollen die Reformen in allen Provinzen zur Einführung gelangen.

Washington, 13. November. Gestern fand ein Kabinetsthat statt, in welchem der Staatssekretär Searles mehrere Depeschen des amerikanischen Gesandten in London, Welsch, mittheilte, die sich auf die Hauptpunkte der Antwort Lord Salisbury's in der kanadischen Fischerei-Angelegenheit beziehen. Lord Salisbury hält in seiner Antwort aufrecht, daß die Entschädigung der schiedsrichterlichen Kommission zu Halifax dem Washingtoner Verträge entspreche. Es heißt, daß die Regierung der vereinigten Staaten die ihr von dem Schiedsgerichte zur Zahlung auferlegten 5,000,000 Doll. am 23. Dezember erentrichten werde.